



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

08. hét

2019.02.18.

ZUSAMMENFASSUNG

- Ungarische Innenpolitik – Der relevanteste Teil der Gesetzgebungsarbeit im Frühjahr wird zweifelsohne darin bestehen, den durch Ministerpräsident Viktor Orbán in seiner Rede zur Lage der Nation bekanntgemachten Aktionsplan zum Schutz der Familien in Rechtsnormen zu adaptieren. Die Steigerung des Volumens der Familienzuschüssen kann zu einer parteiübergreifenden, eine nationale Einheit generierenden Frage werden, welche die politische Tagesordnung des Jahres 2019 beherrschen dürfte.
- Wirtschaftspolitik – Das Wirtschaftswachstum in Ungarn legte 2018 gegenüber dem vorangegangenen Jahr um annähernd fünf Prozentpunkte zu. Das zunehmende Expansionstempo ist auch deshalb nicht zu vernachlässigen, weil europaweit eher von einer gebremsten Konjunktur, denn von zunehmender Wachstumsdynamik berichtet werden kann.
- Außenpolitik, Außenwirtschaft – Der Besuch von US-Außenminister Mike Pompeo in Budapest ließ jene politische Kommunikation von Seiten der Oppositionsparteien unglaublich erscheinen, wonach Ungarn und seine Regierung im internationalen Politikfeld isoliert würden. Denn sowohl in politischer als auch in strategischer Hinsicht erstarkten die ungarisch-amerikanischen Beziehungen in den letzten Tagen.
- Nachrichten, die Beachtung verdienen – György Matolcsy dürfte bis 2025 Präsident der Ungarischen Nationalbank bleiben, die er seit 2013 führt. Die Verlängerung des Mandats durch den früheren Wirtschaftsminister verursacht keine Überraschung; die Leistungen der Ungarischen Nationalbank in den vergangenen sechs Jahren und die durch diese besetzte strategische Rolle sind dem wirtschaftspolitischen Richtungswechsel unter Matolcsy zu verdanken.
- Nachrichten, die Beachtung verdienen – Die Ungarische Akademie der Wissenschaften ist seit dem vorigen September bestrebt, zum Zweck der politischen Druckausübung die Absichten der Regierung zur Modernisierung der Strukturen in der ungarischen Öffentlichkeit unglaublich zu machen. Die Regierung verfolgt das Ziel, die wissenschaftliche Forschung von Beginn an enger mit den Innovationen auf Unternehmensebene zu verschweißen.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

DER FAMILIENPOLITISCHE AKTIONSPLAN KÖNNTE EINE NATIONALE EINHEIT SCHAFFEN

Eine der spannendsten Passagen der Rede zur Lage der Nation des Ministerpräsidenten war jenes aus sieben Punkten bestehende familienpolitische Maßnahmenpaket, das bis zum heutigen Tage die meisten Analysen auf den Plan rief und dabei jenen Vorstellungen westeuropäischer Einwanderungsanhänger eine schallende Antwort gab, die dem Bevölkerungsschwund mit der Aufnahme von Einwanderern begegnen wollen.

Mit Wirkung vom 1. Juli 2019 werden sechs der sieben geplanten Maßnahmen der Regierung dem derzeitigen Erkenntnisstand gemäß zur Einführung gebracht. In den kommenden Wochen erfolgt die Ausarbeitung der detaillierten Regeln, bevor zwischen Februar und Mai die rechtliche Kodifizierung dieser Bestimmungen ihren Lauf nehmen kann. Ausgehend von Erhebungen des Nézópont-Instituts kann gesagt werden, dass in Hinsicht auf die Priorisierung der Familienzuschüsse ein nahezu vollständiger Konsens in der Gesellschaft besteht. Denn jener Behauptung, ob „die Regierung richtig entschieden habe, als sie die Familien in den Mittelpunkt der staatlichen Förderpolitik rückte“, stimmten gleich 81 Prozent der Befragten zu. Ein ähnlicher parteiübergreifender Konsens war bislang nur in der Beurteilung der Migrationspolitik der Orbán-Regierung zu beobachten. Wenngleich die Gesetzentwürfe noch nicht vorliegen, sind einzelne Detailregeln doch bereits bekannt:

- Wenn junge Paare unter 40 Jahren erstmals den Bund fürs Leben eingehen und den dafür gewährten Kredit von 10 Millionen Forint vollständig ausschöpfen, wird die monatliche Tilgungsrate auf keinen Fall 50.000 Forint überschreiten. Eine wichtige Voraussetzung für die Kreditaufnahme besteht darin, dass die den Kredit aufnehmende Frau über drei Jahre in Arbeitsverhältnissen verfügen muss.
- Den Kredit von 10 Millionen Forint mit freiem Verwendungszweck können auch bereits verheiratete Frauen in Anspruch nehmen, selbst wenn sie schon Kinder haben. In diesem Fall gilt jedoch, dass die monatliche Tilgung erst bei der Geburt des nächsten, nach dem 1. Juli 2019 zur Welt kommenden Babys ausgesetzt wird. Bei den 10 Millionen Forint handelt es sich um den Maximalbetrag des möglichen Kredits, selbstverständlich kann auch eine geringere Summe aufgenommen werden. Im Falle des Maximalbetrags ist mit einer Laufzeit von 20 Jahren zu rechnen.

- Der zusätzlich zum Wohnungsbauförderprogramm CSOK erhältliche, vergünstigte Kredit kann ab Juli auch für Wohnungen auf dem Immobilienmarkt verwendet werden. In diesem Fall wird zudem die obere Wertgrenze von 35 Millionen Forint gestrichen, die früher als Voraussetzung für die Aufnahme des CSOK-Darlehens in Kraft war.
- Die Befreiung der Frauen mit vier und mehr Kindern von der Einkommensteuer (SZJA) wird im kommenden Jahr eingeführt – Steuergesetze lassen sich im Jahresverlauf nicht ändern –, wobei die Steuerbefreiung ausschließlich für Einkommen aus Arbeit zutrifft, also beispielsweise auf Einkommen aus Dividendenausschüttungen nicht in Anspruch genommen werden kann.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE UNGARISCHE WIRTSCHAFT PRODUZIERT IM VERGANGENEN JAHR EIN WACHSTUM, WIE SEIT 15 JAHREN NICHT ERLEBT

Im Jahre 2018 nahm die Leistung der ungarischen Wirtschaft nach dem BIP-Zuwachs zu urteilen um 4,8 Prozent zu. Das Wachstumsvolumen erweist sich in Anbetracht einer allgemein verlangsamten europäischen Konjunktur als ausgesprochen hoch, wobei die Nachhaltigkeit keinen Modell- oder Strategiewechsel in der Wirtschaftspolitik verlangt.

Ministerpräsident Viktor Orbán formulierte in seiner Rede zur Lage der Nation ein sehr ehrgeiziges wirtschaftspolitisches Ziel für die folgenden Jahre: Nach seinem Dafürhalten müssen ausgehend von den Gegebenheiten der ungarischen Volkswirtschaft seine Regierung und der das Finanzministerium leitende Mihály Varga imstande sein, das durchschnittliche Wachstum in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union um 2 Prozentpunkte zu übertrumpfen; mit anderen Worten lautet die Aufgabe, den derzeit vorhandenen Schwung zu bewahren. Das Wirtschaftswachstum belief sich 2017 auf 4,1 Prozent und 2018 weiter dynamisiert auf 4,8 Prozent, was dreifach über dem Durchschnitt in der Gemeinschaft liegt. Ebenfalls selten ist der Fall, der im letzten Quartal 2018 eintrat, als das Wirtschaftswachstum 5 Prozent erreichte. Obendrein konnten diese Wachstumswerte parallel zu systematisch sinkenden Staatsschulden realisiert werden.

Im Hintergrund des Wachstums standen in erster Linie der sprunghaft angestiegene Privatverbrauch sowie die herausragende Leistung von Dienstleistungs- und Produktionssektor: In den jüngsten Jahren war ein berechenbarer und systematischer Anstieg der Löhne zu beobachten, wobei die

effiziente Verwendung der EU-Fördermittel ebenfalls dazu beitragen konnte, den Aufwärtstrend beizubehalten. Eine prosperierende ungarische Volkswirtschaft ist das Unterpfand für eine reibungslose Umsetzung der soeben verkündeten familienpolitischen Maßnahmen. Wenn sämtliche zur Einführung vorgesehenen Maßnahmen des Siebenpunkte-Aktionsplans in die Phase ihrer Umsetzung gelangen, führt dies auf Jahresebene zu Mehraufwendungen von ungefähr 300 Milliarden Forint. Dieser Ausgabenanstieg gefährdet jedoch weder die Vorgabe, das Defizitziel des Staatshaushaltes unter 3 Prozent zu halten, noch die Kontinuität der früher definierten und realisierten Steuersenkungen. Im Sinne eines früheren Regierungsbeschlusses rechnet die Orbán-Regierung nämlich schon ab 2020/21 mit einem positiven Haushalt und infolge der Zurückdrängung der Schattenwirtschaft mit weiter steigenden Steuererlösen. Den radikalsten Schätzungen zufolge wird das Defizit des Staatshaushaltes im Zuge der jetzt verkündeten Maßnahmen um maximal 0,5 Prozentpunkte steigen, was für die ersten drei Quartale des Jahres 2018 einem BIP-Anteil von 0,4 Prozent entsprochen hätte.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

MITTELEUROPA IST AUF DIE POLITISCHE LANDKARTE DES WEISSEN HAUSES GELANGT

Der Budapest-Besuch des US-Außenministers in der vergangenen Woche brachte zahlreiche positive Ergebnisse und mehrere Kooperationsmöglichkeiten. Mike Pompeo war seit 2011 der erste Leiter des US-Außenressorts, der Ungarn einen Besuch abstattete, nachdem die erste offizielle Reise von Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten nach Warschau und Polen ging. Die US-Regierung unter den Republikanern blickt spürbar anders auf die Region Mitteleuropas, als das einst die Demokraten taten.

Über die Stärkung der politischen Zusammenarbeit hinaus stand beim Treffen der Außenminister Péter Szijjártó und Mike Pompeo in der vergangenen Woche die Stabilisierung der Wirtschaftsbeziehungen auf der Tagesordnung. Die Kritiker der Politik der ungarischen Regierung rechneten hauptsächlich mit Positionseinbußen und Kritiken von Seiten der US-Führung, stattdessen aber kristallisierten sich nach den Gesprächen die Absichten zur Stärkung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen heraus. Eine Schlüsselfrage bezog sich dabei auf die Erneuerung der Kooperationsvereinbarung in der Verteidigungspolitik (DCA – Defense Cooperation Agreement). Die

USA regten deren Reform noch im vorigen Februar an, und zwar gemeinsam mit Ungarn und sieben weiteren NATO-Verbündeten aus der Region. Die Modifizierung des Abkommens berührte nicht die Souveränität des ungarischen Staates, seine Ratifizierung macht keine Grundgesetzänderung notwendig. Der Text des Dokuments, mit dem unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Aufenthalt von US-Soldaten in Ungarn geregelt werden, wurde nach anderthalb Jahre währenden Verhandlungen in der vergangenen Woche fertiggestellt, so dass es noch im Februar vor den Verteidigungsausschuss des Parlaments gelangen kann.

Die zweite verteidigungspolitische Frage von herausragender Bedeutung war die Vereinbarung über ein Luftabwehrsystem mittlerer Reichweite. Für die ungarische Regierung ist es eine entscheidende Frage, die strategischen Punkte auf dem Territorium des Landes auf einem höheren Niveau zu schützen, nachdem diese Fähigkeit innerhalb des Systems der ungarischen Verteidigung unterentwickelt ist. Dabei wird der Wettbewerb zur Entwicklung der Fähigkeiten auf diesem Gebiet eine Intensivierung erfahren, weil der Wettbewerbsvorteil der Chinesen in Bezug auf die Raketenentwicklung in Ermangelung des INF-Vertrags – der die Beschränkung nuklearer Mittelstreckensysteme zu Lande sicherstellte –, den sowohl die Amerikaner als auch die Russen unlängst aufkündigten, zurückfallen dürfte.

Im Zuge der Konsultationen wurde des Weiteren offensichtlich, dass der Verbleib der Regierung Trump für die ungarische Regierung von strategischer Bedeutung ist: Die Führung der Demokraten unter Obama nahm die Länder dieser Region nicht ernst; im Vergleich zu jenen Zeiten kann man derzeit eine ernsthafte Wende in der Haltung von Donald Trump spüren. Die Diversifizierung der Energiebezugsquellen steht in den Beziehungen der beiden Länder schon seit langer Zeit auf der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang deutete Péter Szijjártó an, der ungarische Staat sei sowohl rechtlich als auch hinsichtlich seiner Infrastruktur vorbereitet, das Erdgas aus anderen als aus russischen Quellen zu beziehen. In dieser Angelegenheit bieten sich zwei potenzielle Alternativen: Sollte ExxonMobil mit der Ausbeutung der rumänischen Gasfelder beginnen, könnten Erdgaskäufe im Volumen von 4 Milliarden Kubikmetern verwirklicht werden. Außerdem besteht die Möglichkeit für Gaslieferungen aus dem geplanten Flüssiggasterminal der Kroaten. Hinsichtlich dieser Alternative erweist sich die gegebene Preisofferte der Kroaten in der Interpretation des Außenministers jedoch nicht als wettbewerbsfähig.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

GYÖRGY MATOLCSY DÜRFTE PRÄSIDENT DER UNGARISCHEN NATIONALBANK BLEIBEN

Im Sinne des Gesetzes über die Ungarische Nationalbank (MNB) unterbreitet der Ministerpräsident dem Staatspräsidenten einen Vorschlag hinsichtlich der Person des Notenbankpräsidenten. Die Amtszeit des MNB-Präsidenten ist auf sechs Jahre befristet, wobei eine Person maximal zwei Mal Präsident sein kann. Das Mandat von György Matolcsy läuft am 3. März 2019 aus, weshalb Ministerpräsident Viktor Orbán bereits bei Parlamentspräsident László Kövér anregte, die Anhörung des Notenbankpräsidenten vor dem Wirtschaftsausschuss des Parlaments in die Wege zu leiten. Matolcsy war zur Zeit der ersten Orbán-Regierung Wirtschaftsminister – als Nachfolger von Attila Chikán –, bevor er im Zeitraum 2010 bis 2013 in seiner Position als Volkswirtschaftsminister unvergängliche Verdienste bei der Konsolidierung der ungarischen Wirtschaft erlangte, die er erfolgreich auf die Wachstumsbahn zurückführen konnte. Seine Kandidatur kommt nicht von ungefähr, deutete der Ministerpräsident doch bereits auf der ersten Regierungspressekonferenz dieses Jahres an, die Harmonie zwischen der monetären Politik der Ungarischen Nationalbank und der fiskalischen Politik des Finanzressorts habe seit 2013 eine beachtliche wirtschaftliche Stabilität herbeigeführt, was ein weiterer schlagender Grund für eine Fortsetzung sein dürfte.

DIE UNGARISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ÜBT DRUCK AUF DIE REGIERUNG AUS

Seit dem vorigen September sind die Beziehungen zwischen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) und dem Ministerium für Innovationen und Technologien (ITM) eingetrübt. Nachdem nämlich bereits eine detaillierte Vereinbarung zwischen der MTA und dem durch László Palkovics geleiteten Ministerium zustande gekommen war, weigerte sich die Führung der Akademie später, diese Übereinkunft zu ratifizieren. Die anfänglich eher von materiellen und Finanzierungsfragen handelnde Debatte hat sich in der Zwischenzeit eindeutig zu einer politischen Druckausübung von Seiten der MTA entwickelt. Während die ungarische Regierung die Zielstellung verfolgt, den Betrieb dieser Institution zu modernisieren, indem die wissenschaftliche Forschung enger mit den marktfähigen Zweigen der Innovation auf Unternehmensebene verknüpft wird, versuchen die Verhandlungspartner von Seiten der Akademie, aus der Idee einer Reform des Netzwerks der Forschungsinstitute eine Souveränitäts- und Politikfrage zu kreieren. Ungeachtet der

Demonstration in der vergangenen Woche und der regierungsfeindlichen Bekundungen, die im Namen der Mitarbeiter formuliert wurden, hat das Präsidium der Akademie zuletzt doch entschieden, die begonnenen Verhandlungen fortzusetzen.

PROGNOSE

- **In dieser Woche beginnt das Parlament seine Frühjahrssitzung, auf der ausgehend vom Entwurf des durch die Regierung eingereichten Gesetzgebungsprogramms zahlreiche wichtige Fragen des Gemeinrechts zu diskutieren sein werden.**

Am Montag, dem 18. Februar, kommt das Parlament mit seinen 199 Abgeordneten zum ersten Mal im Jahre 2019 zusammen. Die Frühlingssitzungsperiode könnte sich bis zu einem Monat verlängern, weil die Legislative während der Zeit des anderthalbmonatigen Europawahlkampfes ihre Tätigkeit aussetzt. Den Erwartungen im Voraus entsprechend wird sich das Parlament in den Monaten Februar und März mit folgenden drei herausragenden Themenkreisen befassen:

1. mit der Ausgestaltung und Implementierung des rechtlichen Umfeldes für den 7-Punkte-Aktionsplan zum Schutz der Familien, den der Ministerpräsident in seiner Rede zur Lage der Nation bekanntmachte,
2. mit der Begründung des Haushaltsgesetzes für 2020, welches Gesetz die Regierungen seit 2012 regelmäßig noch vor dem gesetzlich fixierten Termin (31. Oktober), während der Periode der Frühjahrssitzungen vorstellten,
3. mit der Entscheidung personeller Fragen: So müssen die Abgeordneten den Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts auf den bis zum 31. Mai durch den Staatspräsidenten unterbreiteten Vorschlag hin wählen; für diese Position erscheint der frühere Vorsitzende des Nationalen Wahlausschusses, Prof. Dr. András Patyi, als aussichtsreichster Kandidat.

Darüber hinaus dürften Entscheidungen bezüglich eines Rückrufs der Abgeordneten Márta Demeter aus ihrer im Verteidigungs- und Ordnungsausschuss bekleideten Position als Stellvertretende Ausschussvorsitzende sowie aus dem Ausschuss, bezüglich der Bestätigung von István Hollik als Regierungssprecher sowie der Mandate der nachrückenden Jobbik-Abgeordneten Tamás Csányi und János Bencsik getroffen werden. Des Weiteren könnten die Bezüge von zwei Abgeordneten der Opposition, von Bence Tordai (Párbeszéd) und László Varju (DK), im Zusammenhang mit Disziplinarvergehen gekürzt werden.